

EU-Städtepartnerschaft Wohnen informiert breitere Öffentlichkeit

EP-Abgeordnete Jongerius, Imane und Florianschütz vom Ausschuss der Regionen waren zu Gast beim Stakeholder-Event am 22. März im Wien Haus (Brüssel).

Die Mitglieder der EU-Städtepartnerschaft Wohnen diskutieren regelmäßig ihre Arbeit mit einem breiten Publikum an Interessierten, Stakeholdern, VertreterInnen von Städten, Mitgliedsstaaten sowie mit Verbänden. Das 6. Treffen der EU-Städtepartnerschaft Wohnen am 22. und 23.3. bot die Möglichkeit, im Rahmen eines Stakeholder-Events im Wien-Haus, die Mitglieder der Partnerschaft mit hochrangigen VertreterInnen aus dem EU-Parlament und dem Ausschuss der Regionen zusammenzubringen. Zudem nahmen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener europäischer Städte, wie Berlin, Utrecht, der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen, des Internationalen Verbandes der Grundeigentümer und aus der Versicherungswirtschaft an der Veranstaltung teil. Auch die Leiterin der Abteilung „Städtische Angelegenheiten“ in der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO), Judit Torokne-Rozsa, war anwesend.

EP-Abgeordnete Jongerius: „Wir brauchen einen breiten Zugang zu leistbarem Wohnraum für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger“

„Adäquates, leistbares Wohnen ist die Basis für pulsierende Städte, für sozialen Zusammenhalt und gute Lebensqualität für alle in Europa“, sagte die niederländische EU-Abgeordnete und Vizepräsidentin der Urban Intergroup des Europäischen Parlaments Agnes Jongerius: „Als eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse muss Wohnen von den Mitgliedsstaaten gestaltet werden“, betonte Jongerius. Es seien die lokalen Behörden, die die Bedürfnisse der Menschen und die Lebenssituation der verschiedenen Gruppen am besten kennen. Sie unterstrich die Bedeutung eines breiten Zugangs zu leistbarem Wohnraum in Europa. Es sei wesentlich kosteneffizienter, Segregation aktiv zu vermeiden, als sich danach mit deren negativen Konsequenzen auseinanderzusetzen. Die europäischen Städte bräuchten eine ausgewogene soziale Durchmischung, um einen Lebensraum für alle Bevölkerungsschichten zu bieten.

AdR-Mitglied Imane skizzierte die Eigeninitiative des Ausschuss der Regionen zum Thema Wohnen

Hicham Imane (Belgien) wurde am 21. März 2017 zum Berichterstatter des AdR für einen Initiativbericht zu einer "Europäischen Agenda zum Wohnungsbau" ernannt. „Der Austausch mit den Mitgliedern der EU-Städtepartnerschaft Wohnen ist dabei für den Ausschuss der Regionen ganz wichtig“, sagte der belgische Kommunalvertreter aus Charleroi bei einem Treffen mit den Mitgliedern der Städtepartnerschaft. Immerhin seien hier die wichtigsten Akteure - Städte, Mitgliedstaaten, Produzenten und Konsumenten - versammelt. „Gerade dem Ausschuss der Regionen ist bewusst, dass meist die subnationale Ebene dafür zuständig ist, Menschen mit leistbarem Wohnraum zu versorgen. Die lokalen und regionalen Wohnungsmärkte müssen dieses essentielle Gut für die Menschen bereitstellen. Wohnen ist keine Ware, mit der grenzüberschreitend gehandelt wird. Dieses Prinzip muss sich in der europäischen Gesetzgebung wiederfinden. Es kann nicht sein, dass das Wohnungswesen zwar immer wieder von EU-Gesetzgebung berührt wird, von der EU jedoch nicht pro-aktiv als eigenständiges Politikfeld wahrgenommen und behandelt wird.“

Der Bericht soll bis zum 11. Oktober 2017 fertig gestellt sein und auch die Handlungsvorschläge der EU-Städtepartnerschaft Wohnen aufgreifen.

AdR-Mitglied Florianschütz (Österreich): Die Wohnungsmärkte müssen einem klaren Gemeinnützigkeits-Ansatz folgen

Peter Florianschütz, AdR-Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten des Wiener Gemeinderates, unterstrich, dass die Stadt Wien jede Initiative auf europäischer Ebene unterstütze, die sich für sozialen und leistbaren Wohnraum in den Städten Europas einsetze. "Wien ist bekannt als Stadt des sozialen und leistbaren Wohnbaus in Europa. Die Wienerinnen und Wiener profitieren seit mehr als hundert Jahren von der sozialen Wohnungspolitik. 60 Prozent der EinwohnerInnen leben in öffentlich geförderten oder städtischen Wohnungen. Eine klare Verpflichtung unserer Wohnungspolitik zur Gemeinnützigkeit bzw. zur Kostendeckelung von Mieten ist der Schlüssel für den Erfolg unserer Stadt, die eine der lebenswertesten Städte der Welt ist“, sagte Florianschütz. „Es ist uns eine große Freude, die Städtepartnerschaft Wohnen gemeinsam mit der Slowakei zu führen, unsere Erfahrungen auszutauschen und unser Wissen in der europäischen Familie zu teilen. Gemeinsam sind wir auf einem guten Weg, eine bessere Regulierung und Finanzierung für leistbaren Wohnraum in Europa zu erreichen.“